

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: Für Leipzig und Vororte monatlich 1,50 Mk., für den Rest des Reichs 1,75 Mk., für die Auslandspost 2,00 Mk. Einmalige Belegpreise 10 Pf. für den Rest des Reichs, 15 Pf. für die Auslandspost. Für den Auslandspost 2,00 Mk. Einmalige Belegpreise 10 Pf. für den Rest des Reichs, 15 Pf. für die Auslandspost.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Stadt Leipzig, die Kreisverordnungen Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: Für die Leipzig- und Vorort-Region 1,50 Mk., für den Rest des Reichs 1,75 Mk., für die Auslandspost 2,00 Mk. Einmalige Belegpreise 10 Pf. für den Rest des Reichs, 15 Pf. für die Auslandspost.

Nr. 515

Mittwoch, den 3. November

1920

Harding und wir

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika fand am 2. November die Präsidentenwahl statt. Es war zu erwarten, daß sie für die Demokraten, die Partei Wilsons, ungünstig ausfallen würde, einen Sieg aber von dem Umfang des tatsächlichen Ergebnisses hat man den Republikanern nicht zugerechnet. 50 Prozent aller Stimmen hat Harding, der republikanische Kandidat, auf sich vereinigt, ein Ergebnis, das die Union noch nicht gesehen hat.

Es hat uns in früheren Jahren immer ziemlich kalt gelassen, ob in Amerika der Demokrat oder der Republikaner zum Zuge kam. Im Volke gab man sich kaum die Mühe, über den Unterschied zwischen diesen beiden Parteien, der nach landläufigen deutschen Begriffen gar nicht vorhanden sein konnte, nachzudenken. Und auch die Außenhandelskreise nahmen an dem Sieg oder der Niederlage der kräftigeren Schutzzölle nicht jenen Anteil, den man heute allgemein für die amerikanischen Präsidentenwahlen aufbringt. Was in Deutschland interessierte, war mehr das Wahlgeschäft, die Arbeit der riesenhaften Maschine, das skrupellose Treiben der Wahlmanager, die aufgewendeten Millionen, die Korruption und ähnliche Dinge. Damals kannten wir ja in Deutschland solche Wahlmethoden und Wahlmanieren noch nicht; heute sind wir auch bei uns — fortgeschrittener.

Die Person des Kandidaten fesselte weniger, war sie nicht gerade, wie das bei Roosevelt der Fall war, auch in Deutschland bekannt. Das kam daher, weil es Gepflogenheit war, daß sich die Präsidentschaftskandidaten von der Wahlmaschinerie zurückhielten. Sie begnügten sich, mit einer Art Votivschiff an die Öffentlichkeit zu treten; die Wahlplakate bereitete der Manager vor und leitete sie. Barnum und Bailey waren vorbildlich für die Reklame, die diese Manager machten; das Geld gaben Syndikate und Gesellschaften, denn die Wahl entschied über wichtige Finanzfragen: Zolltarife, Handelsverträge und das Tempo der sozialen Gesetzgebung. Erhebliche Beiträge wurden auch von den höheren Beamten erhoben; sie gaben sie gern, denn der Sieg des Kandidaten der Gegenpartei brachte den Verlust der Stellung für die Beamten mit sich. In der letzten Zeit sind nun auch die Kandidaten in die Wahlplakate gestiegen; der ewige Bryan war der erste, der das tat. Die grotesken Formen, die sich der Wahlkampf in Amerika annimmt, die persönliche Verunglimpfung, die das mäßliche Staatsverhältnis dabei erfährt, g. führen nur nach deutscher Ansicht sein Ansehen. In Amerika ist man vorurteilslos, was schon daraus hervorgeht, daß die mit allen Mitteln, mit Bestechungen, Drohungen und Fälschungen, arbeitenden Manager in der Regel nach einem Siege ein hohes Staatsamt sich reservieren lassen.

Als 1916 Wilson im Wahlkampf stand, war zum ersten Male in Deutschland die Anteilnahme groß. Wilson, das schien ein über Parteilich und Völkern stehender Charakter zu sein, dem man auch die Anwendung der amerikanischen Wahlmethoden nicht verdachte.

Und als er gewählt wurde, mit nur knapper Mehrheit, da hoffte mancher in Deutschland (auch auf den Banken der Rechten sehen solche), daß er die gewaltige Macht, die ihm in die Hände gelegt wurde, für den Frieden nutzen werde. Wir fragen unser Maß an Mitleid, wenn wir einige Monate später Amerika in den Reihen der Feinde sehen, gewiß: Wilson aber hat schon damals ein doppeltes Spiel gespielt, indem er versuchte, zwischen seinem Menschheitsglauben und dem amerikanischen Handelsimperialismus einen Zusammenklang zu finden. Ohne Frage ist er als ehrlicher Idealist an diese Arbeit herangegangen, das hat sein wiederholtes späteres Aufstehen noch bewiesen. Aber er war doch nicht vorurteilslos und menschenklar genug, die europäischen, wie vor allen Dingen die deutschen Verhältnisse so sehen zu können, wie sie waren; er ließ sich die Anlagen von der Zeit und Lügenpre. Und er war nicht Charakter genug, die großen Lüge richtig zu benennen, die da auf allen Gassen predigte, Amerika freie in den Krieg, nur, um die bedrohte Kultur zu retten. Er tat nicht nur nicht das, er beugte sich den Forderungen der Dollarherrscher und lag mit ihnen. Als er sich noch einmal aufreckte und seine vierzehn Punkte in die Welt streute, strömte ihm erneut das Vertrauen zu. War er in diesem Augenblick ein Betrüger? Wohl schwerlich! Er hat wahrscheinlich geglaubt, dem stärksten Geschehen einen einigermaßen menschlichen Ausklang geben und vor der Geschichte seine und Amerikas Sünden sühnen zu können. Das dürfte er hoffen, denn das amerikanische Volk hätte ihm die Gefolgschaft schwerlich verweigert; war man doch drüber mit dem Erreichten zufrieden. Nicht aber war man das in Europa; hier hiß die Parole, aus dem zu Boden Gezwungenen das Letzte herauszubolen. Wilson hoffte wieder die europäische Weltlichkeit verkannt und er war wieder zu Charakterlosigkeit, den Clemenceau und Lloyd George sich widersehen zu können. Von Stund an war er nicht bloß für die Westleren erledigt, als Mensch und als Staatsmann; er war es auch für Abertausende Amerikaner, denn durch die erneute Verstrickung in die europäische Hölle wuchs die Abneigung immer mehr. Mag sein, daß die Aufklärungen, die man inzwischen auch in Amerika über die wahren Triebkräfte im Weltkrieg und beim Friedensschluß bekommen hat, dazu beigetragen haben, die Wilson-Begner zu mehren; die Hauptursache war aber amerikanische Realpolitik, und die blieb: Los von Europa! Die Gegenfrage im Senat und Kongress (die Weigerung, den Pakt von Versailles zu unterzeichnen) beweisen das zur Genüge. Am besten bewies es die wachsende Macht der Republikaner.

Wichtig Prozent der Stimmen hat Harding, der neue Mann, auf sich vereinigt. In den Rest muß sich der Demokrat Co. Wilsons Kandidat, noch mit dem Sozialisten Debs und dem Gouvernandier Christensen teilen. Amerika billigt also die politischen Pläne Hardings. Von diesen Plänen interessieren uns vier: Friedensvertrag, Völkerverbund, Europa-Politik, Handelsfragen. Bevor wir sie betrachten, sei betont, daß man sie von Amerika aus gegen Europa setzen muß, nicht, wie das der Deutsche in solchen Dingen leider

Hardings glänzender Sieg

Ueberwältigende Mehrheit der Republikaner

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

Die amerikanische Präsidentenwahl, die gestern stattgefunden, hat mit einem glänzenden Siege des Republikaners Harding geendet. Er hat über 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. In der New Yorker Wahlzelle wurde sein Sieg sogar mit 93:1 bemerkt — ein noch nie dagewesener Rekord für einen Präsidentschaftskandidaten. Aus den weislichen Staaten schienen die Ergebnisse zur Stunde noch, doch dürfte sich auch dadurch das Gesamtergebnis nur wenig verändern. Den Ausschlag bei der Wahl dürften die Frauen gegeben haben, die in Anlehn an zum ersten Male von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten und bei denen namentlich das energische Eintreten der Republikaner für das Antialkoholgesetz entscheidend gewesen sein soll. Von der kommunistischen Partei waren in New York zahlreiche Plakate angeheftet worden, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, die für sie wertlose Präsidentenwahl durch einen Streik zu sabotieren.

London, 3. November.

Man beschäftigt sich bereits mit der Bildung des neuen amerikanischen Kabinetts und nennt Hoover, den früheren Präsidenten des Einbürgerungsamtes, als Minister des Innern. Die Berufung Root's für das Auswärtige Amt ist noch fraglich; für diesen Posten kann auch Hill, der frühere Vizepräsident in Berlin, in Betracht kommen. Als neuer Vizepräsident in London gilt Bryan Hogg, der frühere Vizepräsident in Paris.

Amsterdam, 2. November.

Neuer meldet aus Habana: Aus Anlaß der Präsidentenwahl ist es an verschiedenen Orten zu Kämpfen gekommen, bei denen acht Personen getötet wurden.

Der Eindruck in Berlin

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. November.

In politischen Kreisen mißt man der Wahl des Republikaners Harding zum amerikanischen Präsidenten, die nach den letzten Funkprüchen geschätzt ist, insofern Bedeutung bei, als das amerikanische System, das Wilson einführt, durch Harding wohl nicht gebrochen wird. Harding ist Stoßamerikaner, und wenn er auch die 14 Punkte Wilsons nicht unterstützen wird, so weiß man doch, daß Harding die deutschen Interessen eher acht lassen und sich anstatt mit europäischen Fragen zunächst mit inneramerikanischen Fragen beschäftigen wird.

Abstimmung der englischen Bergarbeiter

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

In den meisten Grubenbezirken hat gestern die Abstimmung über die Bedingungen für die Beilegung des Grubenarbeiterstreiks stattgefunden. Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse zeigen eine große Mehrheit zugunsten der Annahme der vorgeschlagenen Regelungen. In Nordumberland, Derbyshire, Durham, Nottinghamshire, Yorkshire und Midland, wo bei der Abstimmung vor drei Wochen eine große Mehrheit gegen das damals von der Regierung gemachte Angebot votanden war, ist jetzt von den Führern empfohlen worden, die Bedingungen anzunehmen. Südwestes, Lancashire und Cheshire sind die einzigen Bezirke, wo den Grubenarbeitern empfohlen worden ist, die Bedingungen abzulehnen. Das Ergebnis von Schottland liegt noch nicht vor.

Schwere Niederlage der englischen Sozialisten

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. November.

Bei den englischen Gemeindevahlen erlitten die Arbeiterparteien eine schwere Schlappe. Die meisten der im vorigen Jahre gewonnenen Sitze gingen an die Bürgerlichen verloren. In Industriebezirken vieler Gemeinden und Städte fielen sämtliche Sozialdemokraten durch. Als Grund der Niederlage gilt vornehmlich der Umstand, daß diejenigen Sitze, in deren Gemeinderat die Sozialisten im letzten Jahre die Mehrheit errungen hatten, die höchsten Kommunalsteuern hatten.

* Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. In den Tagen vom 21. bis 24. d. M. findet in Essen der 10. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands statt. Der Kongress wird die Aufgaben hantieren, nach denen die Christlichen Gewerkschaften das wirtschaftliche, soziale und politische Leben Deutschlands in der neuen Zeit geföhrt wissen wollen.

immer tut, von Deutschland aus. Bei allen diesen Angelegenheiten ist für Harding und die Seinen allein das amerikanische Interesse maßgebend, nicht das gute Herz für die Bedrückten. Wir haben lediglich darauf zu achten, ob solche amerikanische Politik nützlich für Deutschland gestaltet werden kann. Das herauszufinden, ist Sache unserer Politiker, Staatsmänner und der Presse. Uebertriebene Hoffnungen aber sind rechtzeitig abzujäten.

Es dürfte sich ergeben: Amerika unterschreibt den Friedensvertrag nicht, es erklärt einfach den Kriegszustand mit Deutschland für beendet. In den Völkerverbund, wie er jetzt geplant ist, tritt Amerika nicht ein, es strebt einen anderen, vollkommeneren Bund an (vollkommen aber vielleicht nur für amerikanische Zwecke). Von den europäischen Fragen zieht sich Amerika vollständig zurück. In Handelsfragen befolgt man eine Politik der höheren Schutzzölle. Befähigung der amerikanischen Schifffahrt durch Einschränkung des John-Osches, mit dem die europäischen

Der Reichspräsident über die Neugliederung Preußens

Dresden, 3. November.

Auf der hier tagenden sozialdemokratischen Bezirkskonferenz für Niederschlesien, die die Neugliederung Preußens behandeln soll, hielt der Reichspräsident eine Rede, in der er ausführte: Als Sozialdemokrat habe ich kein Interesse daran, das von den Hohenzollern zusammengeraubte, zusammengebrochene und zusammengebeiratete Preußen in seinem Bestande zu erhalten, weil wir heute einige preußische Minister stellen können. Mit der Reaktion der Zukunft werden wir besser fertig werden, wenn sie sich nicht auf das geschichtlich gewordene Preußen stellen kann. Die Revolution hat es verstanden, die deutsche Einheitsrepublik zu schaffen. Heute können wir keinen Teil Deutschlands mit Gewalt hindern, noch diejenige Lebensform zu suchen, die er wünscht. Wir müssen unferseits in der Neugliederung des Reiches nach kulturellen Gesichtspunkten vorangehen, die zu einer freiwilligen Einheit führt. In Oberschlesien ist die Entscheidung in die Hand Oberschlesiens selbst gelegt, wo 80 Prozent der Bevölkerung Arbeiter sind. Ob Schlesien eine besonders ober-schlesische oder eine gesamt-schlesische Autonomie wünscht, werden die Schlesier in den zwei Monaten nach der Wahlentscheidung für Deutschland selbst zum Ausdruck bringen.

Der Reichspräsident von Oberschlesien Zimmerer, ging dann noch auf die Organe ein und behauptete, die Organe in Schlesien arbeite auf eine gemeinsame Auseinanderlösung hin. In der Verwaltung wachse die reaktionären Widerstände. Die Organe wagen Regierungsakte in Telegrammen sogar zu bedrohen.

Ein neues deutsches Wirtschaftsprogramm

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. November.

Ein neues Wirtschaftsprogramm wird vom Reichswirtschaftsministerium anläßlich der zweimonatigen Sitzung des Reichstags unterbreitet werden. Es soll dabei um eine Reihe von wichtigen Erbkissen auf wirtschaftlichem Gebiet handeln, die von einander abhänger Wirkung auf unser gesamtes Wirtschaftsleben sein werden.

In der kommenden Woche wird der Reichstag gemäß den Beschlüssen des Reichsrates keine Sitzungen abhalten, um dem Haushaltsauschuß Zeit für seine Beratungen zu lassen.

Berlin, 3. November.

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Graf von Bernstorff, Colbhorn, Sievers und Alpers haben in einer Frage darauf hingewiesen, daß im vorläufigen Reichswirtschaftsrat kein niederschlesischer, kein Arbeitgeber des Groß- und Kleinhandels Hannover's Poth gefunden habe und eine Regierungserklärung darüber verlangt, ob die Regierung bereit sei, dahin zu wirken, daß bei der Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates eine wesentliche Vertretung der territorialen Ebene erfolge, so daß jedes natürliche Wirtschaftsgebiet des Vaterlandes, insbesondere auch Niederschlesien, die seiner Bedeutung zukommende Vertretung finde.

Die Einziehung des Reichsnotpapiers

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. November.

Wie wir aus dem Finanzministerium erfahren, ist die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotpapiers fertiggestellt und wird voraussichtlich morgen oder übermorgen dem Reichstag zugehen. Es ist beabsichtigt, vorläufig 40-50 Prozent des Reichsnotpapiers einzuziehen, doch will man den Beteiligten Entscheidung in der Richtung der Zahlung gehalten und Abtragung der Verpflichtungen in zwei Raten zulassen. Viele Teilbeträge sollen schon in den nächsten drei Monaten eingezogen werden. Es handelt sich vorläufig dabei um den Referentenentwurf, der erst nach dem Reichskabinettsvortrag werden muß. Die Annahme, daß die Vorlage in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen soll, ist nicht dahin aufzufassen, daß bereits mit einem bestimmten Tage sofort gerechnet werden kann. Man hofft, durch die Einziehung des Reichsnotpapiers möglichst große Beträge in die Kasse des Reiches zu ziehen. In zweiter Linie spielt auch die Absicht mit, der Inflation entgegenzuwirken.

Neue Gehaltsforderungen der Eisenbahner

Frankfurt a. M., 2. November.

Der Reichsverkehrsminister hat dem wirtschaftlichen Verband der Eisenbahner zur Beschaffung von Wintervorzügen Vorläufe zur Verfügung gestellt, woran er die Bedingung der Rückzahlung bis spätestens 31. März 1921 gestellt hat. Die im deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Eisenbahner aus Frankfurt, mehr als 10 000, haben die Vorläufe abgelehnt und fordern entsprechende Gehaltsvorläufe.

Reedereien schwer geschädigt werden. (Die John-Äkte sieht u. a. große Frachtermäßigungen der amerikanischen Eisenbahnen für alle Waren vor, die mit amerikanischen Schiffen ankommen.) Wir werden augenblicklich nicht so sehr davon getroffen, da wir keine Schiffe haben. Aber die erhöhten Schutzzölle treffen uns: unser Handel mit Amerika hat sich gewaltig gehoben, die Einfuhr aus Amerika hat sich in dem letzten Jahr verdoppelt, die Einfuhr aus Deutschland verdreifacht. Sie betrug über 45 Millionen Dollar.

Wir sehen in Amerika eine Politik kommen, die zwar eine vollständige Abkehr von Wilson bedeutet, deshalb aber keine Erleichterung einer chinesischen Mauer um Amerika. Die Union will vielmehr alle ihre Kräfte konzentrieren, um imperialistische Pläne (zunächst auf handelspolitischem Wege) wirksamer verwirklichen zu können. Sie muß dabei bei den Mächten der alten Welt früher oder später ansetzen: aus diesen Gegenden und Reaktionen Kräfte für Deutschland ziehen zu können, ist unsere Hoffnung; darauf uns einzustellen, ohne es groß zu betonen, unsere Aufgabe.